

Anzeigensonderveröffentlichung von

eGovernment
COMPUTING

2011/2012

**Interview Staatssekretärin
Rogall-Grothe**

Seite 5

**Digitalisierung der
Gesellschaft**

ab Seite 6

**Ökonomische und
ökologische Nachhaltigkeit**

ab Seite 12

**Sicherheit im
Netz**

ab Seite 19

BearingPoint

Management
& Technology
Consultants

Perspektiven für neues Verwalten

Offen, vernetzt und innovativ

In diesem Brief stecken über 500 Jahre Erfahrung in Informationstechnologie.

Der **E-POSTBRIEF**.



Jetzt kostenlos registrieren unter:
www.epost.de

Der **E-POSTBRIEF** – Ihr Briefservice im Internet. Jetzt lässt sich vieles, wofür Sie bisher die Briefpost genutzt haben, auch auf schnellstem Weg online und papierlos erledigen.* Seit seiner Einführung im Juli 2010 verlassen sich bereits zahlreiche Nutzer auf den **E-POSTBRIEF**. Dank der persönlichen einmaligen Identifizierung der Nutzer per POSTIDENT-Verfahren sorgt er für sichere Kommunikation im Internet. Und nicht nur dort: Besitzt der Empfänger noch keine **E-POSTBRIEF** Adresse, drucken wir Ihre Mitteilung aus und stellen sie wie gewohnt auf dem Postweg zu.**
Jetzt registrieren unter www.epost.de

* Innerhalb von Deutschland gegenüber für den **E-POSTBRIEF** registrierten Empfängern. Registrierung erst ab 18 Jahren. Der **E-POSTBRIEF** erfüllt keine gesetzl. oder vertragl. Regelungen zu besonderen Formerfordernissen (z. B. Schriftformerfordernisse). Nutzungsvoraussetzung: Handy mit Nummer eines dt. Mobilfunkbetreibers. Weitere Informationen zur Nutzung und zu Preisen des **E-POSTBRIEFES** unter www.epost.de

** Die Zustellung auf dem Postweg kann je nach Größe und Art des **E-POSTBRIEFES** aufpreispflichtig sein und ist auf eine Höchstanzahl von 96 Seiten beschränkt.

Deutsche Post 

Die Post für Deutschland.

Inhalt

Regierungsprogramm vernetzte und transparente Verwaltung	4
Digitalisierung der Gesellschaft	6
Trusted Cloud	8
IT-Wertbeitrag	9
Rückblick auf den 16. Ministerialkongress	10
Demografischer Wandel und Personalentwicklung	12
Nachhaltigkeitsstrategien, Green IT	13
BearingPoint-Partner stellen sich vor	14
Steuerung der Verwaltung	15
Aufgabenkritik	16
Verwaltungsmodernisierung mit elektronischen Registern	17
In Großprojekten Prozesse und Ausnahmen managen	18
Rückblick neuer Personalausweis 2011	19
Sicherheit im Netz	20
IT-Sicherheit	22
De-Mail	23
Vergabebegleitung	24
IT-Sourcing in der Öffentlichen Verwaltung	25
11. eGovernment-Wettbewerb – die Gewinner	26

Liebe Leser,

die vierte Ausgabe unserer Sonderpublikation zum Ministerialkongress steht unter dem Motto: **„Perspektiven für neues Regieren und Verwalten – offen, vernetzt und innovativ.“**

Damit greifen wir die Notwendigkeit auf, Perspektiven aufzuzeigen, wie Verwaltung, aber auch die Politik, aktuellen und kommenden Herausforderungen begegnen können.

Die Welt verändert sich so schnell, dass nur eine offene, vernetzte und innovative Verwaltung die notwendige Anpassungsfähigkeit bieten wird, den wechselnden Anforderungen und Herausforderungen zu begegnen.

Offen, weil den Beziehungen zu Dritten – wie Bürgern, Wirtschaft und anderen Verwaltungen in Deutschland, in der EU und weiteren Ländern – eine immer höhere Bedeutung zukommt.

Vernetzt, weil Verwaltungen künftig stärker arbeitsteilig wirken müssen. Sie müssen organisatorisch, technisch und nicht zuletzt rechtlich in der Lage sein, Informationen früh zu erhalten und diese effektiv auszutauschen.

Innovativ, weil neue Herausforderungen und sich schnell verändernde Rahmenbedingungen Lösungen erfordern, die gerade unter wachsenden Ressourcenbeschränkungen von den bisherigen Wegen abweichen.

Wie aber ist diese Agilität – diese Offenheit, Vernetzung und Innovationsfähigkeit – herzustellen? Dazu brauchen wir wirksame Anreize, steuerungsfähige Organisationen und eine moderne IT.

Wie BearingPoint Sie dabei als Management- und Technologieberatung unterstützen kann, erfahren Sie in diesem Heft, bei dessen Lektüre ich Ihnen viel Freude wünsche.

Auf Rückmeldungen und eine gemeinsame Diskussion unserer Gedanken freue ich mich.



Ihr Jon Abele

IMPRESSUM

Vogel IT-Medien GmbH
August-Wessels-Straße 27
86156 Augsburg
Tel. 0821/2177-0
Fax 0821/2177-150
eMail redaktion.egovcom@
vogel-it.de

Redaktion: Manfred Klein/mk (verantwortlich)
Chef vom Dienst: Gerald Viola
Mediaberatung: Harald Czelnai,
Charlotte Fellermeier
EBV: Carin Böhm
Systembetreuung: Karl-Heinz Thiemann
Geschäftsführer: Werner Nieberle

Druck: Vogel Druck und Medienservice GmbH & Co.
KG, Leibnitzstraße 5, 97204 Höchberg
Die Rechte an den Bildern und Grafiken liegen – soweit nicht anders ausgewiesen – bei BearingPoint
Bildmaterial für Titel: Sebastian Terfloth
Bei den Vogel IT-Medien erscheinen:
IT-Business, eGovernment Computing

Neue Runde? Regierungsprogramm für die nächste Generation

Was haben spannende Science-Fiction-Romane und die Strategie zur Verwaltungsmodernisierung gemeinsam? Beide liefern Gedanken, wie die Zukunft in Deutschland im Jahr 2020 oder 2030 aussehen mag.



Der Verwaltung geht es nicht anders als den Autoren von Zukunftsromanen: Sie können nicht voraussagen, was in zehn oder zwanzig Jahren tatsächlich sein wird. Worauf es aber heute wirklich ankommt: Verantwortung übernehmen und entscheiden, was wir der nächsten Generation hinterlassen wollen.

Globale Herausforderungen meistern

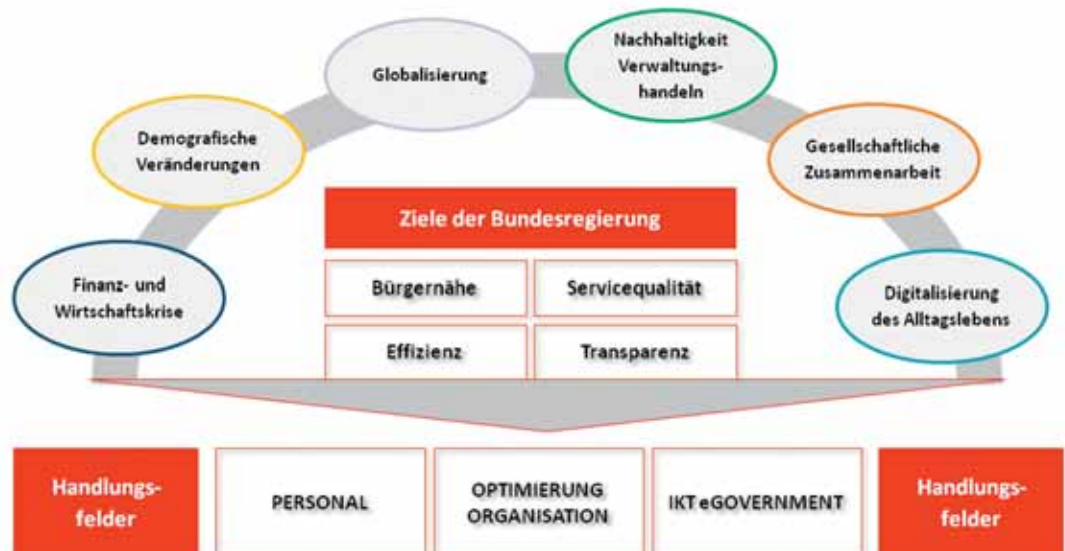
In unserer vernetzten Welt wirken sich globale Trends zunehmend direkt auf die deutsche Verwaltung aus. Sie steht daher vor der Aufgabe, diese Herausforderungen anzunehmen und zu meistern. Dies sind:

- Finanz- und Wirtschaftskrise
- Demografische Veränderungen
- Globalisierung
- Nachhaltigkeit von Verwaltungshandeln
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt
- Digitalisierung des Alltagslebens

Mit dem Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ will die Bundesregierung diese Herausforderungen gezielt annehmen.

Bis zum Herbst 2013 soll mit insgesamt 20 Leitprojekten der Öffentliche Sektor modernisiert werden. Viele der Projekte betreffen Querschnitts- und Infrastrukturaufgaben, wie die einheitliche Behördenrufnummer D115, die verstärkte Nutzung von Dienstleistungszentren, die medienbruchfreie Verbindung zwischen Unternehmen und Behörden mit dem Prozessdatenbeschleuniger. Ebenso gehören IT-Infrastrukturprojekte zu De-Mail oder Geodaten dazu.

Der Blick auf den Umsetzungsstand zeigt, dass die Projekte im Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ auf gutem Weg sind.



Grundlagen für die Zukunft: zielorientiertes Regierungsprogramm zur Verwaltung



Der wesentliche Teil der Umsetzung liegt aber noch vor uns (vgl. www.verwaltung-innovativ.de). Für die zuständige Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Cornelia Rogall-Grothe, formuliert sich die weitere Aufgabe aus dem Regierungsprogramm wie folgt: „Projekte wie D115, Geodateninfrastruktur Deutschland, De-Mail und andere zeigen deutlich: Wir können ressort- und ebenenübergreifend – bei Einhaltung von Föderalismus und Ressortprinzip – sehr viel bewegen, wenn alle Projektbeteiligten den Blick fürs Ganze und den Willen zum Erfolg mitbringen. Das muss künftig noch stärker als bisher Maßstab unseres Handelns sein.“

Zukunft gemeinsam gestalten

In der heutigen arbeitsteiligen Welt nutzt auch die Verwaltung für die Umsetzung besonders großer Aufgaben und neuer Ideen leistungsstarke Projektpartner. BearingPoint unterstützt zahlreiche Leitprojekte zur Verwaltungsmodernisierung in Deutschland. Die Erfahrungen und Er-

gebnisse, zum Beispiel aus den Kompetenzzentren De-Mail und neuer Personalausweis, aus den Projekten zu den Netzen des Bundes oder den Dienstleistungszentren sowie zu D115 stehen allen Verwaltungen in Deutschland zur Verfügung. Mit Blick auf den Beitrag der Berater in diesen Projekten stellt mein Kollege bei BearingPoint, Stephan Weber, zusammenfassend fest: „Gerade die themenübergreifende Verbindung des Fachwissens aus allen diesen Projekten bietet umfassende Potenziale für jede Behörde, die sich mit Verwaltungsmodernisierung beschäftigt.“

Diese Sicht erlaubt auch einen Ausblick auf zukünftige Themen. Gerade für ein Open Government wird es in den kommenden Jahren darauf ankommen, sowohl das Know-how über IT-Sicherheit in leistungsfähigen Registern und Netzen mit dem Verständnis einer föderalen Verwaltungsorganisation und ihren dezentralen Zuständigkeiten und komplexen Kommunikationsprozessen zu verbinden.

Der Autor



alexander.schmid
@bearingpoint.com

Kurzinterview

Frau Staatssekretärin, die Welt verändert sich so schnell, dass nur eine offene, vernetzte und innovative Verwaltung die notwendige Anpassungsfähigkeit besitzt, den wechselnden Anforderungen und Herausforderungen flexibel zu begegnen. Wie sehen Sie die Bundesbehörden für diese Herausforderungen aufgestellt?

Rogall-Grothe: Wir haben eine leistungsfähige Verwaltung, die sich durch hohe Kompetenz und ein gutes Arbeitsethos auszeichnet und immer wieder unter Beweis gestellt hat, dass sie mit den Entwicklungen Schritt halten kann. Das aktuelle Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ zeigt auf, wie wir angesichts der notwendigen Haushaltskonsolidierung, des demografischen Wandels und der zunehmenden Komplexität in einer globalisierten Welt mit weniger Ressourcen mehr leisten können: Durch mehr Transparenz, bessere Vernetzung, gute Koordination und den Willen zur Kooperation können wir behörden- und ebenenübergreifend Mehrwerte für den Bürger schaffen und zugleich die Effizienz steigern. Ich sehe die Bundesverwaltung noch nicht am Ziel, aber auf einem sehr guten Weg.

Welche Rolle sehen Sie für das deutsche eGovernment in einem arbeits- und verwaltungstechnisch weiter zusammenwachsenden Europa?

Rogall-Grothe: Was wir brauchen, ist eine Vernetzung von Verwaltungen in einem umfassenden Sinn: Wir müssen uns an gemeinsamen Zielen orientieren, Standards schaffen und über föderale Verwaltungsgrenzen von Bund, Ländern und Kommunen hinweg zusammenarbeiten. Nur so können wir gute eGovernment-Leistungen anbieten, hohe IT-Sicherheit gewährleisten und

Parallelentwicklungen vermeiden. Auch auf EU-Ebene bringen wir diesen Leitgedanken ein und fördern Synergieeffekte, wenn wir einerseits unsere Nationale eGovernment-Strategie mit den Zielen und Maßnahmen des europäischen Aktionsplans eGovernment 2011-2015 abstimmen und andererseits mit unserer Expertise – etwa bezüglich der IT-Sicherheit – andere EU-Mitgliedsländer unterstützen.

Aktuelle Proteste gegen große Infrastrukturprojekte (Stuttgart 21, Flughafen Berlin-Brandenburg) stellen die Genehmigungsbehörden und die politischen Führungen vor neue Herausforderungen. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang eine umfassende Beteiligung der Bevölkerung online über das Internet, etwa durch ePartizipation?

Rogall-Grothe: Solche Beteiligungsformen können als Ergänzung zu den notwendigen Genehmigungsverfahren sehr hilfreich sein, vor allem wenn sie in einer frühen Planungsphase eingesetzt werden. Verwaltung und Politik können so den Handlungsdruck deutlich machen, die Anliegen und Ängste der Bürger kennenlernen und mit den Beteiligten die beste Lösung suchen. Allerdings darf man nicht übersehen: Nur der demokratisch legitimierte Gesetzgeber kann die rechtlichen Maßstäbe festlegen, an die sich die Verwaltung bei ihrer Rechtmäßigkeitsprüfung auch halten muss. Wichtig ist bei alledem, dass Entscheidungen, die ordnungsgemäß zustande gekommen sind, am Ende auch wirklich Bestand haben.



Die Digitalisierung der Gesellschaft – Auswirkung auf die Öffentliche Verwaltung

Die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaft stellt Wirtschaft und Verwaltung vor große Herausforderungen, da sie einer der Haupttreiber für Prozessbeschleunigung und Interaktionsdichte ist und es bisher keine hinreichend empirischen Erfahrungswerte gibt.

Die Digitalisierung eröffnet damit einerseits Chancen für die individuelle, gesellschaftliche und politische Kommunikation und Entwicklung, für die Bildung, für Wissenschaft und Wirtschaft. Andererseits ist aber auch nicht zu übersehen, dass die durch die Digitalisierung bedingten Veränderungen in allen genannten Lebensbereichen auch Risiken mit sich bringen können, die es im Verwaltungshandeln zu beachten gilt.

Verbindliche Abwicklung von Verwaltungs- und Geschäftsbeziehungen über De-Mail, Authentifizierung mit dem neuen Personalausweis, Start von D115 als einheitliche Behördenrufnummer, Digitalisierung des öffentlichen Auftragswesens – das Gesicht der Verwaltung ändert sich zunehmend.

Trotz Drucks der Gesellschaft und der technologischen Entwicklung müssen jedoch wichtige Fragestellungen der Digitalisierung beantwortet werden: → Welche Veränderungen werden durch die Digitalisierung noch entstehen und welche Herausforderungen stellt dies an die Nutzer, die Wirtschaft und die Politik?

→ Welchen Handlungsspielraum hat die deutsche Politik im globalen Internet?

→ Wie sichert sich Deutschland die großen Innovationsvorteile der digitalen Gesellschaft für die Nutzer und gewährleistet zugleich einen angemessenen Datenschutz?

→ Brauchen die Nutzer mehr Regulierung oder bessere Medienkompetenz? Und welchen Beitrag leistet hier die Internetwirtschaft in Deutschland?

Am 5. Mai 2010 hat sich die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestages konstituiert. 17 Bundestagsabgeordnete aus allen Fraktionen sowie ebenso viele Sachverständige werden die genannten Fragen sowie Ursachen, Probleme und Lösungsstrategien, die mit der Digitalisierung unserer Gesellschaft einhergehen, diskutieren und Entscheidungen über umfangreiche Themenkomplexe vorbereiten. Dabei geht es um alle



Quelle: © sellingpix - Fotolia.com

Fragen der Netzpolitik, insbesondere den Schutz des geistigen Eigentums, Datenschutz und Kontrolle.

Vor dem Hintergrund der Chancen und Herausforderungen hat BearingPoint sechs Ratschläge und Thesen an die Verwaltung für die Digitalisierung zusammengestellt¹:

1. Nutzen Sie die Digitalisierung für die Vereinfachung der Interaktion zum Bürger – geben Sie Ihre Zurückhaltung gegenüber neuen Technologien auf.
2. Steigern Sie die Produktivität der Verwaltung durch Digitalisierung – nutzen Sie neue Technologien zur Entlastung von Verwaltung und Bürger.
3. Gestalten Sie Ihren digitalen Auftritt effizient und ansprechend – dem Kunden muss die Digitalisierung der Verwaltung proaktiv verkauft werden.
4. Beteiligen Sie den Bürger – aufgrund der Digitalisierung der Gesellschaft entsteht ein wachsendes Bedürfnis, sich aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Online Communities bieten der Verwaltung eine einmalige Gelegenheit, dem Bürger zu zeigen, dass man ihn ernst nimmt.
5. Gestalten Sie die digitale Verwaltung nachhaltig – Green IT ist Voraussetzung für eine nachhaltige digitale Verwaltung.
6. Begegnen Sie den Risiken kritisch – im Internet gibt es einen Widerspruch zwischen erlebter Ver-



gänglichkeit von Informationen und Daten sowie deren dauerhafter Speicherung. Das erhöht natürlich das Risiko des Missbrauchs.

Fazit

In den sozialen Netzwerken verlagert sich zunehmend Macht vom Anbieter auf den Nachfrager. Diese Machtverlagerung durch das Internet stellt daher eine große kulturelle und politische Herausforderung für alle Dienstleistungs-verwaltungen dar, da diese bisher vorrangig auf Kontrolle ausgerichtete Strategien verfolgten. Die Verwaltung braucht daher die Digitalisierung. Durch sie eröffnen sich neue Möglichkeiten der Interaktion mit dem Bürger. Verwaltungsabläufe werden effizienter. Die Dynamik im Internet wird jedoch zu einem Spiegel der Gesellschaftsdynamik. Den Risiken ist daher kritisch zu begegnen. Die Herausforderungen sind jedoch lösbar – es lohnt sich.

Der Autor



stefan.pechardscheck
@bearingpoint.com

Fußnote 1) Angelehnt an BearingPoints „Neun Ratschläge für den Staat von morgen“ und „10 Thesen zu den Folgen der digitalen Netzwerkkommunikation für die Wissens- und Machtverhältnisse“ von Prof. Dr. Peter Kruse (2010)

u.a. <http://carta.info/30238/digitalisierung-der-gesellschaft-und-bist-du-nicht-willig-so-brauch-ich-geduld/>

Bürgerbeziehungen im Zeitalter der Informationsgesellschaft – neun Ratschläge für den Staat von morgen

Der Bürger von heute erwartet von der Öffentlichen Verwaltung effizientes und bürgerfreundliches Handeln. Gleichzeitig muss die Verfügbarkeit der Verwaltungsdienstleistungen im Sinne eines One-Stop-Government gesteigert werden. Die Verwaltung von morgen muss über verschiedene Kommunikationskanäle, Interaktionsformen und -tiefen agieren. Gleichzeitig haben Bürger und Unternehmen ein neues Selbstverständnis über ihre Beteiligung entwickelt und wollen sich auch einbringen. Für diesen internen und externen Veränderungsprozess hat BearingPoint neun erfolgskritische Hinweise zusammengefasst, die einfach klingen mögen, es aber in sich haben. Wollen Sie mehr zu den Ratschlägen erfahren? Dann lesen Sie das Positionspapier: „Neun Ratschläge für den Staat von morgen“ kostenlos unter:

www.bearingpointconsulting.com/staat-von-morgen



Sicher in die Cloud

Cloud Computing ist seit einigen Monaten das vorherrschende IT-Thema in Industrie und Verwaltung. Schließlich geht es um signifikante Einsparungen bei den IT-Budgets und um die Datensicherheit. Kein Hersteller von IT-Produkten, kein Anbieter von IT-Leistungen, kein Kongressveranstalter und kein IT-Magazin kann sich diesem Thema entziehen.

Cloud Computing hat zum einen das Potenzial, Marktstrukturen in der IKT-Branche tiefgreifend zu verändern. Cloud-Computing-Technologien werden aber auch in allen anderen Branchen zunehmend zu einem wichtigen Wegbereiter für innovative Dienstleistungsangebote und Geschäftsmodelle und liefern damit der deutschen Wirtschaft nach Einschätzung von Analysten in den kommenden Jahren wichtige Wachstumsimpulse.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat die Dimension dieses Themas erkannt und das Forschungsprogramm „**Sichere Internet-Dienste – Sicheres Cloud Computing für Mittelstand und Öffentlichen Sektor (Trusted Cloud)**“ ins Leben gerufen. Ziel, des mit 14 Pilotprojekten ausgestatteten Programms, ist es, die großen Potenziale von Cloud Computing für die Wirtschaft zu erschließen. Dabei werden alle Aspekte von Cloud Computing – Sicherheitsfragen, einzusetzende Standards und Fragen der Interoperabilität, Wirtschaft-

lichkeitsbetrachtungen und Geschäftsmodelle bis zu der rechtlichen Bewertung – untersucht.

BearingPoint unterstützt dieses bis ins Jahr 2015 angelegte Programm gemeinsam mit seinen Partnern Pierre Audin Consultants (PAC), Public One und dem Hasso Plattner Institut (HPI).

Neben der Erarbeitung von Lösungen und der Diskussion inhaltlicher Kernfragen im Dialog mit den Partnern in den Pilotprojekten bestehen die Aufgaben darin, den Technologietransfer zu begleiten, ein Kommunikations- und Kooperationsnetzwerk aufzubauen und die Nachhaltigkeit des Vorhabens zu gewährleisten.

Die Ergebnisse aus dem Forschungsprogramm werden helfen, wesentliche Fragen in diesem komplexen und dynamischen Thema zu klären sowie zur Steigerung der technologischen Leistungsfähigkeit von Unternehmen und Verwaltung und damit zur Förderung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland beizutragen.

Der
Autor



joerg.wegner
@bearingpoint.com

Wertbeitrag von IT-Organisationen: Öffentliche Verwaltung hinkt Wirtschaft hinterher

BearingPoint hat deshalb ein praxisorientiertes, transparentes Modell entwickelt, mit dem der IT-Wertbeitrag einer IT-Organisation quantitativ bewertet werden kann und sich notwendige Verbesserungsmaßnahmen für die Leitungsebene einfacher identifizieren lassen.

Dafür werden die Komponenten Geschäftsprozessausrichtung (wie werden Kernprozesse durch IT unterstützt), Zuverlässigkeit (sind Leistungen der IT-Organisation und -Infrastruktur stabil und verlässlich), Performance (wie leistungsfähig sind IT-Organisation und -Infrastruktur), Innovation (unterstützt IT Innovationsprozesse in der Verwaltung) und Transparenz (sind Informationen verfügbar und Entscheidungen nachvollziehbar) auf deren Entwicklungsstand (Reifegrad) überprüft. Nach Relevanz unterschiedlich gewichtet, ergeben sie zusammen den individuellen IT-Wertbeitrag.

Studienergebnisse

Die Ergebnisse einer auf Basis dieses Vorgehensmodells durchgeführten Umfrage unter 350 Unternehmen und Behörden zeigen, dass jeder zweite Teilnehmer (51 Prozent) bereits heute den Wertbeitrag der eigenen IT-Organisation zum Unternehmenserfolg für sehr hoch (10 Prozent) oder hoch (41 Prozent) hält. Nur 5 Prozent bewerten branchenübergreifend den Wertbeitrag ihrer eigenen IT-Organisation zum Unternehmenserfolg für gering.

Für Unternehmen und Öffentliche Verwaltungen ist die dafür erforderliche Transparenz, selbst bei Verfügbarkeit relevanter Analystenreports, in den wenigsten Fällen gegeben.

Von der Wirtschaft lernen

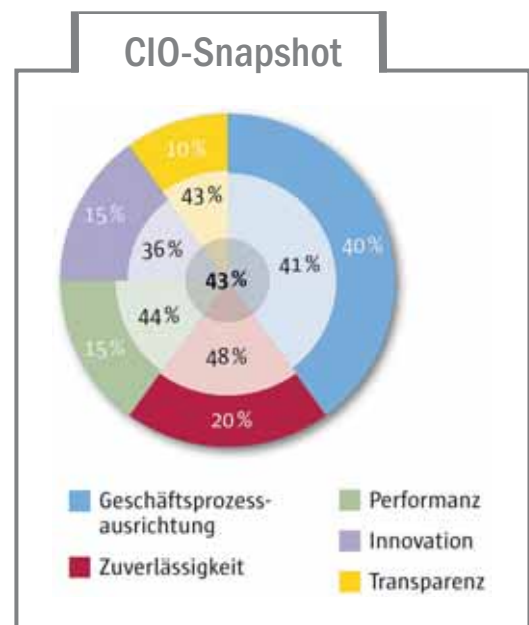
Werden die Wertschöpfungssektoren im Einzelnen betrachtet, ist festzustellen, dass Werte wie **Zuverlässigkeit** und **Performanz** in Zeiten begrenzter Budgets die wichtigste Rolle spielen und deshalb den höchsten Reifegrad haben. Im Vergleich zu den privatwirtschaftlichen IT-Organisationen fällt der öffentliche Bereich im Reifegrad zurück. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der **Transparenz**.

In den letzten 30 Jahren wurden unterschiedliche Ansätze zur Bestimmung des IT-Wertbeitrags in der Literatur und in der praktischen Anwendung verfolgt, die sich in der Praxis entweder als zu undifferenziert, zu komplex oder als nicht brauchbar erwiesen.

Verwaltungen bei IT-Innovation vorn

Befinden sich öffentliche und private Dienstleister in der **Geschäftsprozessausrichtung** auf gleichem Niveau, so fällt auf, dass die öffentlichen IT-Dienstleister im Wertschöpfungssektor **Innovation** – der insgesamt den niedrigsten Reifegrad hat – von allen Branchen den höchsten Reifegrad aufweist.

Innovation, die in aller Regel in budgetschwachen Zeiten zumeist dem Rotstift zum Opfer fällt, hat in der Verwaltung, auch unterstützt durch Konjunkturprogramme, einen deutlich höheren Stellenwert.



Was bringt der IT-Wertbeitrag?

Welchen Einfluss kann der IT-Wertbeitrag in der Verwaltung spielen? Der Ansatz des IT-Wertbeitrages gibt der Leitungsebene Instrumente an die Hand, um Dienstleistungen zu bewerten und damit einen wesentlichen Beitrag zur Rechtfertigung von IT-Investitionen im öffentlichen Bereich zu erhalten. Bei Interesse an der vollständigen Studie oder der Frage, wie Ihre Behörde bezüglich des IT-Wertbeitrags aufgestellt ist, kontaktieren Sie uns!

Der
Autor



markus.kuklovsky
@bearingpoint.com

16. Ministerialkongress 2011

Impressionen aus zwei intensiven Tagen

„Perspektiven für neues Regieren und Verwalten – offen, vernetzt und innovativ“ unter diesem Motto stand der erfolgreiche Erfahrungsaustausch auf dem Ministerialkongress von BearingPoint.



In den Pausen wurden aktuelle Trends der Verwaltungsmodernisierung erfragt

Auch in diesem Jahr stand das Netzwerken unter den Teilnehmern im Vordergrund



Dr. Dietmar Woicke, Innenminister des Landes Brandenburg, sprach in seiner Rede vom Zielbild eines kooperativen Gewährleistungsstaates



Dr. Wilfried Bernhardt, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Europa, sprach über demografischen Wandel und Informationstechnologie



Jon Abele, Partner und Leiter des Geschäftsbereichs öffentliche Auftraggeber, BearingPoint eröffnete den 16. Ministerialkongress und skizzierte Perspektiven für eine offene und vernetzte Verwaltung



Im Anschluss an den Ministerialkongress wurden die Gewinner des 11. eGovernment-Wettbewerbs geehrt. Ergebnisse unter www.egovernment-wettbewerb.de

Dr. Herbert O. Zinell, Vorsitzender des IT-Planungsrats, forderte ganzheitliche föderale eGovernment-Infrastrukturen durch Umsetzung der Nationalen eGovernment-Strategie (NEGS) mit dem Ziel, Leuchtturmprojekte in die Fläche zu bringen



Axel E. Fischer, Mitglied des Bundestags und Vorsitzender der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft, beantwortete Fragen zu den aktuellen Herausforderungen der Netzpolitik



$$f(\text{demografischer Wandel}) = \text{Strategie}_{\text{Behörde}} + \sum_{n=1}^{\infty} (\text{Personalgewinnung}_n + \text{Mitarbeiterförderung}_n)$$

Der demografische Wandel erfasst und bewegt zunehmend unsere Gesellschaft und damit auch die Öffentliche Verwaltung. Dahinter verbirgt sich keine abstrakte mathematische Formel, sondern eine strategische Aufgabe für die Behördenleitung.

Die Bevölkerungsentwicklung macht sich mittlerweile deutlich bemerkbar: In vielen Regionen sinkt die Zahl an Krippenkindern, Schülern, Studenten, Mietern und Museumsbesuchern. Gleichzeitig steigt der Bedarf an altersgerechten Wohnungen, Altenpflegeheimen und Seniorentreffpunkten. Strategie und Aufgaben sind mit Blick auf diese Herausforderungen zu überprüfen.

Der
Autor



wolfgang.brauchler
@bearingpoint.com

Auch die behördeninternen Herausforderungen wachsen. Rund 35 Prozent der öffentlich Beschäftigten erreichen in den nächsten zehn Jahren die Altersgrenze. Und das Potenzial an Nachwuchskräften verknappt sich. Eine demografiesensible Per-

sonalpolitik (altersgerechte Arbeitsplätze, Nachwuchsgewinnung, Mitarbeiterförderung, etc.) ist gefordert.

Beide Trends erzwingen ein vorausschauendes Handeln. Eine pauschale Lösung hierfür gibt es nicht. Sie muss organisationsindividuell mit der Leitungsebene, der Personalabteilung und dem Personalrat in den Behörden erarbeitet werden.

Am Anfang steht in der Regel ein Strategieworkshop, der hilft, die Diskussion aufzuspannen und die Herausforderungen klar zu benennen. Aus diesen Herausforderungen lassen sich behördenspezifische Antworten ableiten und über die Haushalts- und Stellenplanung über mehrere Jahre hinweg verankern. Strategisch aufgestellte Behörden nutzen zusätzlich auch eine demografieorientierte Aufgabenkritik und ein ressortübergreifendes Personalmanagement.

Als Ergebnis all dieser Bemühungen erhält die Behördenleitung für diese komplexe Aufgabe mit den verschiedenen Variablen eine spezifische Lösung, damit das gesuchte Personal für die Fachaufgaben auch in den kommenden Jahren, wie erforderlich, zur Verfügung steht.

Neues Organisationskonzept elektronische Verwaltungsarbeit

Das DOMEA-Konzept ist in die Jahre gekommen und gibt auf aktuelle Problemstellungen nur noch begrenzte Antwort.

Das alte Konzept fokussierte mit seinem sehr umfassenden Anforderungskatalog und dem aufwendigen Zertifizierungsverfahren stark auf eine Produktauswahl und die Einführung eines Vorgangsbearbeitungssystems.

Der
Autor



carsten.schaefer
@bearingpoint.com

Mithilfe des neuen Organisationskonzeptes elektronische Verwaltungsarbeit, das vom Bundesinnenministerium mit unserer Unterstützung entwickelt wird, sollen Behörden ihre Bedarfe an eine elektronische Unterstützung ihrer Verwaltungstätigkeit umfassend analysieren. Aus den individuellen Be-

darfen können dann sinnvolle Soll-Konzepte zur Umsetzung effektiver Verwaltungsabläufe abgeleitet werden. Mit dem Organisationskonzept werden die organisatorischen Fragestellungen adressiert, die rund 80 Prozent des Projektaufwandes ausmachen.

Das Organisationskonzept ist nach dem Baukastenprinzip aufgebaut und umfasst zunächst:

- Grundlagen und Bedarfsanalyse,
- eAkte,
- eVorgangsbearbeitung,
- eZusammenarbeit,
- Leitfaden für Führungskräfte und
- Projektleitfaden umfassen.

Das Konzept mit den Bausteinen eAkte, eVorgangsbearbeitung und eZusammenarbeit wird noch in diesem Jahr veröffentlicht. Weitere Bausteine zu den Themen Datenschutz, Personaldaten und VS-Unterlagen, eLangzeitspeicherung, ePoststelle und Signatur sowie Scan-Prozesse werden folgen.

Auswirkungen fehlender Nachhaltigkeit

Um auch zukünftig die Legitimation des Handelns von Politik und Verwaltung zu sichern, muss die Verwaltung von morgen ein Nachhaltigkeitskonzept erstellen. Für den Erfolg, muss die Verwaltung hier:

- die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit integrieren,
- offen kommunizieren,
- Mitarbeiter überzeugen,
- Zielkonflikte verdeutlichen und
- fremde Interessen mit den eigenen fair abwägen – letztlich also Verantwortungsbewusstsein nach außen, wie nach innen demonstrieren.

In einem Punkt bestehen keine Zweifel: Eine nachhaltige Handlungsweise des Staates und seiner Verwaltung kann nur im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen und öffentlichen Akteure verwirklicht werden. Und es ist gerade dieses Zusammenspiel aller, das durch das Nachhaltigkeitskonzept ermöglicht wird.

Der Staat und seine Verwaltung gestalten die ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimensionen des nachhaltigen Handelns. Sie sind aber auch wesentliche Verbraucher von natürlichen Ressourcen, sie verursachen Emissionen und ver(sch)wenden Steuergelder.

Wenngleich viele Projekte – wie zum Beispiel Aufgabenkritik oder Einführung von Kosten- und Leistungstransparenz – einen Beitrag zur Einhaltung der Schuldenbremse und Projekte zu Green-IT und Green durch IT einen Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit leisten, fehlt es an einer ganzheitlichen Nachhaltigkeitsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen. Diese sollte heute von jedem Unternehmen und jeder Behörde erwartet werden.

Der
Autor



philip.hauth
@bearingpoint.com

Green IT – mehr als heiße Luft in Rechenzentren?

Im Rahmen der Initiative wurden in den Behörden nach Schätzung von BearingPoint in den ersten beiden Jahren bis zu 30 Prozent Einsparungen im Energieverbrauch erreicht – und das bei gleichzeitigen Leistungssteigerungen. Die Studie „Green IT“ ist kostenlos erhältlich: unter www.bearingpoint.de/green-it.

Damit ist ein sehr wichtiger Schritt getan, mit dem die Bundesverwaltung ihrem Ziel 40 Prozent Einsparung im Energieverbrauch bis zum Jahr 2013 zu erreichen, deutlich näher gekommen ist. Ein weiterer wesentlicher Erfolg der Initiative: Durch klare Ziele, definierte Kennzahlen und Messungen wurde der Energieverbrauch konkret greifbar gemacht und hat so eine andere Wahrnehmung erhalten.

Auch Länder, Kommunen und einzelne öffentliche Einrichtungen, wie zum Beispiel Universitäten, beschäftigen sich mit dem Thema. Auch wenn die Ziele ähnlich sind, ist der Umsetzungsgrad doch unterschiedlich. Für alle Beteiligten ist die Einsparung von Energie und den damit verbundenen CO₂-Emissionen ebenso wichtig wie die Reduzierung der Energiekosten. Green IT hilft, trotz steigender Rohstoffpreise

Hinter Green IT verbirgt sich deutlich mehr als nur heiße Luft in Rechenzentren. Dies zeigt auch die Green-IT-Initiative der Bundesverwaltung: Sie adressiert neben Rechenzentren auch den Desktop-Bereich und andere verteilte IT-Komponenten.

die Ressourcenkosten zu senken, und fördert gleichzeitige Innovation. Mit speziell entwickelten Green IT Quick Checks lassen sich schnell Einsparpotenziale identifizieren und Maßnahmen für deren Realisierung initiieren. BearingPoints Green IT Quick Check Tool unterstützt eine Bewertung einer Organisation bezüglich ihres Green-IT-Reifegrads anhand eines methodischen Ansatzes.

Green IT hilft, zu viel heiße Luft zu vermeiden. Ein richtiges Klimamanagement im Rechenzentrum reduziert den Energiebedarf nachhaltig.

Studie kostenlos erhältlich unter: www.bearingpointconsulting.com/green-it

Der
Autor



carsten.lenz
@bearingpoint.com

Hinter der Visitenkarte

Wir haben einmal bei den BearingPoint Partnern aus dem Bereich Öffentliche Auftraggeber nachgefragt, was sie bei ihrer täglichen Arbeit motiviert und antreibt:

eGovernment



Alexander Schmid

Mein Antrieb und mein Anspruch sind, mit unserer Beratung einen nachhaltigen Beitrag zu den Zielen unserer Verwaltung zu leisten. Dafür arbeiten wir im Team gemeinsam mit unseren Kunden mit „Herz und Engagement“ an den innovativen Themen der Verwaltungsmodernisierung.

Verwaltungsmodernisierung Österreich



Christian Ettl

Die Öffentliche Verwaltung auf dem Weg zu einer modernen, effizienten Organisation zu begleiten, ist eine Herausforderung, die mich nicht nur fordert, sondern meinem Selbstverständnis entspricht und mich als Berater fasziniert.

Public Finance



Franz Hiller

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist eine effiziente Abwicklung und transparente Darstellung öffentlicher Finanzmittel enorm wichtig. Dazu leiste ich als Berater im Bereich Public Finance gerne meinen Beitrag.

IT-Strategie



Stefan Pechardscheck

Seitdem ich vor über 15 Jahren eine große Verwaltungsreform mitgestalten durfte, motiviert mich nichts mehr als die Worte: Das geht in der Verwaltung nicht. Wenn ich das höre, unternehme ich alles, um das scheinbar Unmögliche in der Verwaltung möglich zu machen.

IT-Infrastruktur



Jörg Wegner

In den 21 Jahren, die ich bisher als IT-Berater tätig bin, habe ich viele technologische Entwicklungen miterlebt und manchen Hype kommen und gehen sehen. Eine Herausforderung ist immer geblieben: Wie setzt man IT zum echten Nutzen eines Unternehmens oder einer Verwaltung ein, und wie motiviert man die Menschen für den notwendigen Wandel?

eGovernment und Organisation



Jon Abele

Es ist spannend, in einer Welt, in der Veränderungen zur Normalität gehören, Politik und Verwaltung innovative Lösungen zu aktuellen Herausforderungen anzubieten. Wenn unsere Kunden dann für unsere Projektlösungen gelobt werden, bin ich zufrieden.

Verwaltungsmodernisierung Schweiz



Dieter Weber

Seit über zehn Jahren darf ich für Organisationen und Unternehmen des Öffentlichen Sektors arbeiten. Was mich an dieser Aufgabe immer wieder begeistert sind die Vielfältigkeit der Fragestellungen und die Potenziale für die Zukunft. Bedarfsgerechte und wirtschaftlich erbrachte Leistungen der Öffentlichen Hand bilden eine wichtige Voraussetzung, um im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können.

Verwaltungssteuerung



Kai Wächter

Die Steuerung großer Verwaltungsorganisationen ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, der ich mich seit vielen Jahren sehr betriebswirtschaftlichen und technischen Fragen zu beantworten und die Menschen auf dem Veränderungspfad mitzunehmen.

Informationsmanagement



Stephan Weber

Seit 1997 berate ich Unternehmen und die Verwaltung im Bereich Informationsmanagement bei der Optimierung ihrer Organisations- und Prozessstrukturen durch den Einsatz von IT-Lösungen. Mich motiviert, durch meine Arbeit Veränderungsprozesse zu initiieren und begleiten zu können, um so einen nachhaltigen Nutzen für meine Kunden zu schaffen.

Steuerungsfähigkeit der Verwaltung wichtiger denn je

Der Produkthaushalt ist jedoch keine Standardlösung, sondern muss sich immer an den spezifischen Rahmenbedingungen der Verwaltung hinsichtlich der bestehenden Organisation und ERP-Systeme orientieren.

Es müssen sowohl die historisch gewachsene Datengrundlage als auch die Erwartungen an die strategische und operative Steuerung durch die Verwaltungsführung berücksichtigt werden. Wird dies bei der Implementierung beachtet, bietet der Produkthaushalt neue Möglichkeiten zur Steuerung der Verwaltung durch eine veränderte Haushalts- und Rechnungswesensystematik.

Herausforderungen

BearingPoint hat Kunden aller Verwaltungsebenen (Kommune, Land, Bund) bei der Modernisierung ihres Haushalts- und Rechnungswesens sowohl mit Prozess- als auch mit ERP- und BI-Implementierungsberatung unterstützt.

Aus unserer Sicht birgt die Umsetzung der neuen Steuerungsinstrumente eine Reihe von Herausforderungen. So kommt beispielsweise der Konzeption und den Ursache-Wirkung-Beziehungen in einer integrierten Systemlösung eine besondere Bedeutung zu, um Doppelerfassungen von Daten zu vermeiden und konsistente Datenbestände in allen Komponenten der ERP-Software zu halten.

Zudem ist die Organisation durch ein gezieltes Veränderungsmanagement auf die Reform ausreichend vorzubereiten und einzustimmen.

Die Lösung

Um aber die gewünschte Wirkung zu erzielen, ist es nicht alleine mit der Optimierung des Produkthaushaltes getan, sondern sie wird erst dann erreicht, wenn die Elemente – wie definierte Ziele, Kosten und Leistungsrechnung, Berichtswesen, Beurteilungssystem und Ressourcensteuerung – aufeinander abgestimmt sind und der Wille zu Führen vorhanden ist. Machen Sie Leistung und ihre Wirkung transparent, stellen Sie die Bereiche in den Wettbewerb, machen Sie deutlich, dass sich Zielerreichung lohnt – sei es durch Übertragung von Verantwortung, Einräumen von Handlungs-

Bei einer wirkungsorientierten Steuerung stehen nicht mehr nur die Ressourcen, sondern die **Ergebnisse des Verwaltungshandelns** (Output) und deren **Wirkungen** (Impact) im Vordergrund.

Die konzeptionelle Lösung dazu liefert der **Produkthaushalt**. Dabei werden die jeweiligen Aufgaben und Leistungen einer Behörde in Produkten zusammengefasst und diesen die Haushaltsmittel zugeordnet.

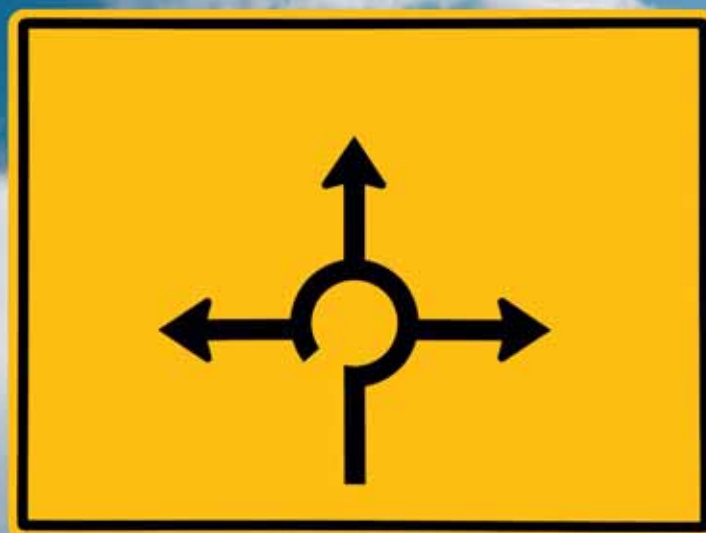
spielräumen, Anerkennung oder Entwicklungsperspektiven.

*Erhöhen Sie die
Steuerungsfähigkeit
Ihrer Organisation!*

Der
Autor



matthias.schrameier
@bearingpoint.com



Neun Erfolgsfaktoren für eine wirksame und nachhaltige Aufgabenkritik

In ihrem Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ vereinbarte die Bundesregierung eine durchgreifende Modernisierung der Bundesverwaltung – unter anderem durch eine umfassende Aufgabenkritik. Seitdem ist dieses Organisationsinstrument wieder in aller Munde.

Dennoch lassen die vielen, in der Vergangenheit wenig erfolgreichen Projekte dieser Art Skepsis aufkommen: Zu oft kreißte der Elefant und gebar am Ende die Maus. So führten die Projekte in der Regel nicht zu einer umfassenden Aufgabenreduzierung, sondern massenhaft zu einer Bewahrung des Status quo.

BearingPoint hat aus vergangenen und aktuellen Projekten (unter anderem im BMBF, dem BMAS, dem BMU und einigen nachgeordneten Bereichen wie BSH oder BaFin) eine Reihe von Erfolgsfaktoren für eine wirkungsvolle und nachhaltige Aufgabenkritik identifiziert:

1. Erst anspruchsvolle, quantifizierte und Top-down gesetzte Ziele führen dazu, dass genügend zweck- und vollzugskritische Verbesserungspotenziale identifiziert werden. Das Ziel muss zukunftsgerichtet sein, das heißt notwendige Einsparungen ermöglichen, und gleichzeitig strategische Handlungskorridore für die Übernahme neuer Aufgaben eröffnen. Es sollte ein Brutto- (Volumen der Vorschläge) und Nettoziel (Volumen der umzusetzenden Vorschläge) unterschieden werden.
2. Das Projektvorgehen ist gemeinsam mit der Führungsebene jeder Abteilung zu spezifizieren. Dabei gibt ein Projektrahmen Orientierung für die abteilungsindividuelle Planung.
3. Zu Beginn des Verfahrens ist ein aussagefähiger Aufgabenkatalog zu erarbeiten. Mit dem gemeinsamen Verständnis der Aufgabe und ihrer Spezifikationen (Quelle und Art der Aufgabe, Kunden, Schnittstellen, Ergebnisse etc.) beginnt schon die Aufgabenkritik.
4. Den Aufgaben sind die derzeit benötigten Ressourcen zuzuordnen. Die Zuordnung auf der Grundlage einer vorgegebenen Größe (z.B. der Plangröße des Stellenplanes) vollzogen werden.
5. Die Aufgabenkritik ist durch die operativen Organisationseinheiten durchzuführen. Um die Entscheidung zu erleichtern, sollten die Vorschläge bewertet werden: Wie hoch ist das Risiko, wie hoch der Aufwand und wie die Priorisierung?
6. Die Führungsebene entscheidet in einem Dialogverfahren über die Vorschläge. Das heißt, dass Änderungen miteinander besprochen werden und so das Verfahren auch dem Erlernen von Prioritätensichtweisen dient.
7. Die Aufgabenkritik sollte Eingang in einen jährlichen Prozess der Personalmengenplanung finden, um diese mit den inhaltlichen Richtungsentscheidungen des Hauses zu verzahnen, und so deren Umsetzung sicherzustellen.
8. Die Aufgabenkritik sollte durch externe Coaches unterstützt werden. Diese übernehmen die Verfahrenssteuerung, bringen die Instrumente mit und begleiten die Durchführung.
9. Letzter wichtiger Erfolgsfaktor ist die Einbindung der Gremien in den Prozess. So gewinnen die Beschäftigten eine weitere Anlaufstation und potenzielle Konflikte können frühzeitig geklärt werden.



Werden diese Erfolgsfaktoren berücksichtigt, führt die Aufgabenkritik zu wirksamen Vorschlägen sowie einem nachhaltigen und kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Der
Autor



rolf.stellermann
@bearingpoint.com

Verwaltungsmodernisierung mit elektronischen Registern

In **Österreich** wurde ein zentrales Register mit gekoppelten Nebenregistern als optimaler Schritt zur Verwaltungsmodernisierung gewählt. Dieser Modernisierungsprozess nahm vor inzwischen beinahe einem Jahrzehnt seinen Anfang. Mit der Schaffung des Zentralen Melderegisters waren Meldedaten von über 2.000 Gemeinden in einem konstitutiven Register zusammenzuführen. In weiterer Folge wurden die im Melderegister enthaltenen Stammdaten der Bürgerinnen und Bürger auch für die eindeutige Identifikation in der elektronischen Kommunikation mit Behörden herangezogen, die heute das Kernstück des eGovernments des Bundes in Österreich bildet.

Um eine hohe Qualität der Daten über Wohnsitze zu erreichen, wurde das Melderegister mit weiteren Registern, wie etwa dem Gebäude- und Wohnungsregister und dem Adressregister, gekoppelt. Durch die konsequente Umsetzung von Webservice-Schnittstellen sind die Funktionen des Zentralen Melderegisters heute in zahlreiche Verwaltungsverfahren integriert.

Die aktuelle Strategie der österreichischen Bundesregierung setzt diesen Weg der Harmonisierung konsequent fort: Rund um einen Kern natürlicher und nicht-natürlicher Personen entstehen fachliche Register, die auf Daten der authentischen Quellregister referenzieren. Aktuelle Beispiele sind etwa das Unternehmensregister, das Zentrale Gewerbe- und das Zentrale Personenstandsregister. Letzteres wird bedeutende Erleichterungen für Bürger bringen, da damit künftig bei Geburt oder Heirat der Weg zur Behörde des Geburtsortes entfällt, welche die entsprechenden Bücher führt.

In **Deutschland** wurde zur Modernisierung des Personenstands-wesens ab 2002 ein anderer Weg beschritten. Im Rahmen der eGovernment-Strategie Deutschland-Online entwickelte BearingPoint ein Musterfachkonzept, das heute als Blaupause für die Umsetzung von Personenstandsregistern dient. Zusätzlich entsteht ein Standard-Schnittstellenformat für die Übertragung von Personenstandsdaten aus den Fachverfahren in die Register. Aktuell beschreibt BearingPoint im Rahmen einer Studie

In Europa und anderen Industriestaaten ruhen viele Verwaltungsverfahren auf leistungsstarken, aber papierbasierten Registern. Für eine durchgreifende Verwaltungsmodernisierung mit eGovernment stehen diese Register nun vor einer grundsätzlichen Erneuerung. Hier helfen verschiedene Ansätze Behörden, den für sie geeigneten Weg zur Modernisierung ihrer eigenen Register zu finden.

die Möglichkeiten der Online-Registerauskunft und der Online-Beantragung von Personenstandsunterlagen.

Die umfangreichen Erfahrungen und Ergebnisse aus diesen Projekten können absehbar auch dazu beitragen, den Aufwand und die Kosten in der weiteren Modernisierung der österreichischen Register weiter zu senken.

Unter den Vorgaben aus der österreichischen eGovernment-Strategie lassen sich beim Wissenstransfer auch die nationalen Rahmenbedingungen ausreichend berücksichtigen. Darüber bietet BearingPoint auch eine Verbindung der beiden Wege zur Modernisierung der Register für eine leistungsstarke Verwaltung.

Der
Autor



martin.spitzenberger@bearingpoint.com

Für Österreich: Zentrale, elektronische Register sind untereinander gekoppelt und bedienen die verschiedenen Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger



In Großprojekten

Prozesse und Ausnahmen managen

Öffentliche Großprojekte schaffen – bei allen Problemen – faszinierende Ergebnisse: neue Dienstleistungen und Produkte für große Kunden- und Nutzergruppen wie beim neuen Personalausweis oder große, verteilte Infrastrukturen hoher technischer Komplexität und Leistungsfähigkeit wie beim Aufbau des Digitalfunks.

Großprojekte haben ihre eigenen Herausforderungen, die Projektleitung und Berater berücksichtigen müssen:

→ **Verantwortung und Zuständigkeit**

Die Zusammenarbeit vieler Teilbereiche mit eigenen Aufgabenfeldern, unterschiedlichen Fachdisziplinen, unterschiedlichen Organisationsformen und -zuordnungen schafft eine hohe Komplexität.

→ **Projektmanagement**

Nicht nur Projekt-, sondern auch Prozessqualitäten sind gefragt – gerade beim Aufbau von Infrastrukturen mit vielen technischen und organisatorischen Elementen.

→ **Personalführung**

Große Projektorganisationen stehen immer im Spannungsverhältnis zu Linienorganisationen. Bei mehrjährigen Großprojekten bilden projektorientierte Personalentwicklung, Fluktuation und der Erhalt der Motivation wichtige Personalthemen.

→ **Risikomanagement**

Die „normalen“ Projektprobleme entfalten bei Großprojekten eine größere Hebelwirkung (etwa technische Fehler oder Ressourcenengpässe).

Für das Projektmanagement stehen Behörden heute bewährte methodische Grundlagen zur Verfügung, wie sie das Bundesverwaltungsamt beispielsweise mit der SOS-Methode bereitstellt.

BearingPoint nutzt diese verwaltungsorientierten Methoden gezielt in Großprojekten für die Öffentliche Hand. Dabei beachten die Berater im dynamischen Umfeld der Großprojekte besonders die Balance zwischen Routinegeschäft der beteiligten Behörden und dem außerordentlichen Projektgeschäft mit seinen spezifischen Zielen. Gerade im Großprojektmanagement für die Verwaltung



hilft dies den Beratern dabei, die Grundregeln der „Achtsamkeit“ zu berücksichtigen:

1. Ein unabhängiges Risikomanagement folgt allen Spuren: „Was kann schiefgehen?“
2. Erkenntnisse aus dem Controlling (Auffälligkeiten) werden in Bezug zu Risiken gesetzt: „Was steckt wirklich dahinter?“
3. Das Management kennt das Projekt und ist regelmäßig „vor Ort“.
4. Das Projektmanagement ist auf ungeplante Entwicklungen und Ausnahmesituationen vorbereitet (zum Beispiel den Ausfall von Lieferanten oder Budgetkürzungen).
5. Experten stehen für Fachfragen zur Verfügung. Im Ergebnis werden weniger Fragen zu Problemen mit einem Eskalationsrisiko.

Die SOS-Methode sieht zudem vor, Organisation, Prozesse und Kultur von Großprojekten regelmäßig mit Reviews durch verwaltungsinterne oder erfahrene externe Berater zu prüfen und weiterzuentwickeln.

Der
Autor



harald.voigt
@bearingpoint.com

Auffahrt „Neuer Personalausweis“

Er ist mit einer neuen Autobahn in einer bisher nicht besiedelten Region zu vergleichen: Mit der neuen Infrastruktur lassen sich langfristig die Regionen eGovernment und eBusiness besser erschließen.

Für die Verwaltung heißt es jetzt, die Möglichkeiten und Vorteile zu bewerten und zu nutzen. Die Online-Ausweisfunktion bietet unter anderem eine Verbesserung der Erreichbarkeit der eigenen Verwaltungsdienste (medienbruchfreie Verfügbarkeit rund um die Uhr), beschleunigte Prozesse sowie Einsparmöglichkeiten bei Routinetätigkeiten. Der neue Ausweis bietet einen höchstmöglichen Sicherheitsstandard in der Kommunikation und stellt staatlich geprüfte Daten für die Fachverfahren bereit. Er ebnet darüber auch den Weg für mehr Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern und schafft eine wesentliche Grundlage für die kommenden Anwendungen im Kontext Open Government und Open Data.

Das Kompetenzzentrum neuer Personalausweis (CC nPA) informiert Behörden und Unternehmen im Auftrag des Bundesministeriums des Innern über die unterschiedlichen An-

Die Bundesregierung hat mit dem neuen Personalausweis (nPA) eines der ehrgeizigsten und zukunftsweisendsten Infrastrukturprojekte für die Bundesrepublik Deutschland umgesetzt.



wendungsszenarien in eGovernment und eBusiness (<http://www.ccepa.de/onlineanwendungen>). Mit dem CC nPA können Behörden herstellerneutral ihre Anforderungen an die Nutzung des nPAs in ihren behördlichen Prozessen diskutieren. Dafür wird das Kompetenzzentrum auch 2012 weiterhin unter der Leitung von BearingPoint Behörden unterstützen.

Der
Autor



matthias.matuschka
@bearingpoint.com

Plädoyer für eine deutsche Open Government-Offensive

Open Data und Open Government sind aktuell in aller Munde, jedoch lässt die Entwicklung zu einem gemeinsamen Verständnis und zur praktischen Umsetzung auf sich warten. Das wesentliche Ziel von Open Government ist die Öffnung von Politik und Verwaltung gegenüber Bürgern und Wirtschaft. Transparenz, Kooperation und direkte Partizipation sind dabei die Leitgedanken.

In der internationalen Praxis werden derzeit viele Initiativen gestartet, da hier kurzfristig und vergleichsweise kostengünstig nachhaltige Erfolge im Rahmen der Modernisierung erzielt werden können. In der ersten Jahreshälfte konnte auch in Deutschland ein regelrechter Boom an Open-Data-Initiativen verzeichnet werden, wie zum Beispiel der Münchner Tag der Offenen Verwaltung (MOGDY), der Berlin Open Data Day (BODDY) oder der Programmiermarathon Random Hacks of Kindness (RHoK).

Erfahrungsgemäß fällt lokalen Akteuren der erste Schritt oft leichter als Verwaltungen auf Bundes- oder Landesebene. Letzteren fehlt teilweise der Mut, in der Verwaltungsmodernisierung neue Wege zu beschreiten. Dabei bietet Open Government neue Potenziale für wirtschaftliches Wachstum, Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft und nachhaltige Entwicklung – bei vertretbarem Aufwand. Mit dem „Plädoyer für eine Open-Government-Offensive in Deutschland“ will BearingPoint die Verwaltung ermutigen, erfolgreiche Einzelbeispiele in die Breite zu tragen und eine bundesweite Strategie aufzusetzen. Das Plädoyer ist kostenlos erhältlich unter:

[www.bearingpointconsulting.com/
open-government](http://www.bearingpointconsulting.com/open-government)



Sicherheit im Netz: gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Verwaltung

Sicherheit im Internet ist ein aktuelles und höchst brisantes Thema. Die Fakten malen derzeit kein rosiges Bild. Hackerangriffe auf Systeme von Staat und Wirtschaft sind mittlerweile fast alltäglich. Ihr Ausmaß ist derart angestiegen, dass sie kritische Infrastrukturen von Wirtschaft und Verwaltung gefährden. Eine weltweit operierende Internetkriminalität entwickelt sich zum boomenden Geschäftsmodell. Die Verunsicherung insbesondere bei internetfernen Milieus wächst und zementiert den „Digital Divide“. Gleichzeitig verrohen die Sitten im Netz zunehmend. Mobbing und Pöbeleien schrecken viele ab und gefährdet das Netz als Plattform für einen freien Meinungsaustausch. Parallel dazu erweckt eine heftig geführte Debatte über die Rolle des Staates im Internet den Anschein von politischer Hilflosigkeit.



Es ist allerhöchste Zeit für konkrete Lösungen, um angemessene Sicherheit im Netz zu gewährleisten. Allerdings sind die Möglichkeiten des nationalen Gesetzgebers im Internet begrenzt und politisch umstritten. Wo Verwaltung und Wirtschaft vom Internet abhängig sind, werden Eigenverantwortung und Selbstschutz immer wichtiger.

Um das Vertrauen von Bürgern und Verbrauchern in das Internet zu gewinnen oder zu erhalten, ist gemeinsames, entschlossenes und zielgerichtetes Handeln von Politik, Wirtschaft und Verwaltung erforderlich. Eine komplexe Aufgabe mit vielen Zielkonflikten, die jedoch mit dem Willen der Beteiligten lösbar ist, wenn wir die Diskussion offen und ohne ideologische Denkverbote führen.

Fünf Punkte halte ich in diesem Zusammenhang für vordringlich:

Erstens

Die Sicherheit der kritischen Infrastrukturen muss gewährleistet werden. Dabei sollten wir auch eine Trennung der kritischen Infrastruktur vom „allgemeinen Internet“ als Option erwägen.

Kritische Infrastrukturen brauchen eine sicherheitszentrierte Technik und Governance, die im öffentlichen Internet weder politisch noch gesell-

schaftlich eine Mehrheit finden würde. Mit einer Offensive richtet sich die Bundesverwaltung darauf ein, die erforderlichen Fachkräfte im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft an sich zu binden und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Schlüsselqualifikationen in der Informationstechnologie attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, die über einen sicheren Arbeitsplatz in der Verwaltung hinausgehen.

Zweitens

Der Selbstschutz muss gestärkt werden. Eigenverantwortung gehört zur Freiheit dazu. Wer ein freies Internet fordert, muss zunächst seine eigene Verantwortung zum Schutz seiner eigenen und der ihm anvertrauten Informationen akzeptieren.

Bislang beobachte ich bei vielen Nutzern einen höchst sorglosen Umgang mit den Möglichkeiten des Internet. Eine Umfrage von TNS-Emnid im Auftrag der Deutschen Post bringt einen absoluten Widerspruch im Nutzerverhalten zutage. 96 Prozent ist die Sicherheit und Vertraulichkeit ihrer Daten im Internet wichtig. 61 Prozent sehen ein gestiegenes Risiko. Gleichzeitig jedoch nutzt nicht einmal die Hälfte Sicherheitsmaßnahmen, die über den Basisschutz wie Virens Scanner oder Firewall hinausgehen.



Quelle: Amy Walters - Fotolia.com

noch erheblichen Handlungsbedarf, der nicht länger vor sich hergeschoben werden sollte.

Auf dem Weg zu einem sicheren und vertrauenswürdigen Internet sind gute Vorbilder die beste Motivation, damit letztlich alle an einem Strang ziehen.

Eine besondere Rolle kommt hier der Öffentlichen Verwaltung zu. Sie sollte die Sicherheit kompromisslos in den Fokus ihrer IT-Strategie stellen. Datenschutz und Datensicherheit müssen besondere Merkmale ihrer Informationstechnik werden.

Die moderne Öffentliche Verwaltung mit ihrer Vorbildfunktion kann so zum Treiber für eine sichere Informationsverarbeitung werden. Dafür muss sie jedoch die politischen Ansprüche konsequent umsetzen.

Die Zertifizierung der öffentlichen IT-Dienstleister analog ISO 27000 sollte ebenso wie eine Meldepflicht bei Datenverlust verpflichtend werden. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die Sicherheitsstandards der Öffentlichen Verwaltung niedriger als die der Privatwirtschaft zu definieren.

Drittens

Eigenverantwortliches Handeln der Nutzer setzt Risikobewusstsein und Wissen – vor allem auch um mögliche Gefahren – voraus. Eine effektivere Aufklärung, als sie bislang erfolgt, ist daher unverzichtbare Voraussetzung für einen sicherheitsbewussten Umgang mit dem Internet.

Viertens

Ungeschützte Systeme stellen eine permanente Gefahr für den Besitzer und alle Netzteilnehmer dar. Vielleicht reicht auch in Zukunft eine gezielte Aufklärung, um die Anwender dazu zu motivieren, ausreichende Sicherheitsmaßnahmen einzusetzen, nicht aus. Dann sollten wir uns nicht davor scheuen, eine Diskussion über bestimmte Vorschriften im Netz zu führen. Unaufgeregt, sachlich und der Sache dienend. Natürlich weiß ich, dass bei diesem Gedanken viele abwehrend beide Hände heben. Sie sollten sich allerdings über eines im Klaren sein: Eine gesetzliche Verpflichtung zu Firewall und Virens Scanner ist allemal besser als ein staatlich überwacht Internet.

Fünftens

Auch die Systemlieferanten sind jetzt gefordert. Sie müssen ein Grundmaß an Sicherheit gewährleisten. Gerade im Bereich der mobilen Systeme gibt es

Die Glaubwürdigkeit des Staates in Sachen IT-Sicherheit setzt auch eine konsistente Kommunikation und Augenmaß voraus. Kein Mensch versteht zum Beispiel, warum die De-Mail für geschäftliche Kommunikation sicher sein soll, aber zu unsicher für Sozial- und Steuergeheimnisse. Man sollte endlich die Erfahrung berücksichtigen, dass sich mit eGovernment keine überzogenen Sicherheitsstandards durchsetzen lassen. Die Menschen verharren dann in der unsicheren, aber bequemen Technik.

Das Thema IT-Sicherheit hat auch einen wirtschaftspolitischen Aspekt. Sicherheit und Datenschutz können durchaus zum Markenzeichen für deutsche Internet-Technik werden, wenn die Verwaltung stärker mit den Anbietern von sicheren Systemen kooperiert und nicht auf verwaltungsspezifische Speziallösungen setzt, von denen kein Impuls auf den Massenmarkt ausgeht.

Es wäre besonders fatal, die notwendigen konzertierten Anstrengungen für ein sicheres Internet auf die lange Bank zu schieben, um in deutscher Gründlichkeit eine hundertprozentige Lösung zu finden. Eine solche Debatte blockiert pragmatische, sukzessive Fortschritte und zementiert damit die unsicheren Verhältnisse im Netz.

Der Autor

Harald Lemke,
Senior Vice
President und Sonderbeauftragter für eGovernment,
Deutsche Post



IT-Sicherheit – quo vadis?

Das Internet verändert unser Leben. Wie wir arbeiten, nach Informationen suchen, kommunizieren, Freunde sehen und Geschäfte abwickeln ist zunehmend durch das Internet bestimmt. Die Mehrzahl der Bürger über 18 nutzt es sowohl am Arbeitsplatz als auch zu Hause oder unterwegs. Auch die Verwaltung will die neuen Möglichkeiten nutzen und dabei etwaige Risiken verringern.

An das moderne eGovernment werden viele Forderungen gestellt: Bürger möchten mit Behörden möglichst jederzeit interagieren können, Unternehmen ihre Behördenkontakte optimieren und die Behörden wiederum ihre Prozesse verbessern. Dafür bedarf es einer vertrauenswürdigen, leistungsfähigen und sichereren IT-Infrastruktur.

Mit der Nationalen eGovernment-Strategie soll dem Ziel, Vertrauen und Sicherheit mit den Themen Datensicherheit und Datenschutz zu verbessern, näher gekommen werden. Es werden Rahmenbedingungen definiert, die es umzusetzen gilt. eGovernment über Bund, Länder und Kommunen hinweg braucht einheitliche Infrastrukturen, um Vertrauen und Sicherheit zu erreichen – vor allem im Hinblick auf Identifizierung und Kommunikation im Netz. Zwei große Infrastrukturprojekte sind dafür auf den Weg gebracht – mit der Nutzung des

neuen Personalausweises wird vertrauenswürdigen elektronisches Identitätsmanagement; mit De-Mail rechtsverbindlicher und vertraulicher Versand von Dokumenten und Nachrichten geboten. Diese technischen Möglichkeiten verbessern die Leistungsfähigkeit und Qualität von eGovernment-Diensten für alle Beteiligten. Das reicht aber nicht aus, denn gleichzeitig entstehen mit der Nutzung des Internets neue Risiken, mit denen sich die Verwaltung auseinandersetzen muss.

Ohne die Risiken zu dramatisieren, liegt es doch in der Verantwortung des Staates, den „Cyber“-Raum so zu gestalten, dass die Grundrechte der Bürger nicht verletzt werden (können). Dazu gilt es die Prinzipien des Datenschutzes, aber auch der Informationsfreiheit umzusetzen. Beides versucht die Regierung gerade mit dem Ideenwettbewerb „Vergessen im Internet“ und den Initiativen Open Data und

Open Government. Daneben werden für den Mittelstand – beispielsweise mit dem Förderprogramm Trusted Cloud – Rahmenbedingungen für die Verlässlichkeit und Sicherheit der Daten beim Cloud Computing geschaffen. Und mit der Cyber-Sicherheitsstrategie und dem Cyber-Abwehrzentrum werden schnell Schwachstellen in IT-Produkten oder IT-Vorfällen analysiert und Empfeh-

lungen zum Schutz der IT-Systeme gegeben. Was noch fehlt in Deutschland, ist die Umsetzung gemeinsamer IT-Sicherheits-Standards und umfangreicher Awareness-Maßnahmen – insbesondere für den Umgang mit und in sozialen Netzwerken – sowohl für die Bürger als auch für die Verwaltung selbst.



Quelle: © Nmedia - Fotolia.com

Die
Autorin



caroline.neufert
@bearingpoint.com

De-Mail in den Startlöchern: Loslaufen oder abwarten?

Anfang Mai war es so weit – das De-Mail-Gesetz nahm die letzten parlamentarischen Hürden. Bislang haben mit Deutsche Telekom, United Internet (GMX, WEB.DE und 1&1), Deutsche Post und Mentana-Claimsoft bereits vier Unternehmen angekündigt, sich als De-Mail-Provider akkreditieren zu lassen. Die gegenwärtig laufenden Zertifizierungsverfahren erfordern allerdings Zeit. Schließlich müssen IT-Sicherheit, Datenschutz, Funktionalität und Interoperabilität der Provider geprüft und testiert werden.

CC De-Mail unterstützt bei Einführung

Behörden können das Kompetenzzentrum „De-Mail in der deutschen Verwaltung“ (CC De-Mail) nutzen, um sich über die individuellen Möglichkeiten der neuen Technologie zu informieren. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern betreut das CC De-Mail mit Beratern von BearingPoint zurzeit 15 Projekte in Bund, Ländern und Kommunen. Das Spektrum reicht von der Deutschen Rentenversicherung, der Bundesagentur für Arbeit über den Rhein-Neckar-Kreis bis hin zur Stadt Düsseldorf. Auch BARMER GEK, die IHK-Organisation und das Deutsches Studentenwerk werden vom CC De-Mail beraten. Zudem wird die Anbindung der Bundesverwaltung an De-Mail konzipiert. Die Erfahrungen zeigen, dass die Herausforderungen für die Behörden nicht vornehmlich technischer Natur sind, sondern eher im Organisatorischen liegen. Insbesondere sind effektive Lösungen zu finden, wie Bürger den elektronischen Zugang per De-Mail eröffnen können, wie mit Formerfordernissen, Archivierung und Fachverfahrensintegration umzugehen ist.

Was ist zu tun?

Über zwei Millionen gegenwärtig (vor-)registrierte Nutzer geben ersten Anlass zum Optimismus. Dennoch werden die Fallzahlen für die einzelne Behörde anfangs gering sein. De-Mail kann aber als Einstieg dienen, Prozesskosten behördenintern zu senken. Auch ohne durchgehende De-Mail können Behörden bereits be-

Seit dem 3. Mai 2011 ist das De-Mail-Gesetz in Kraft. Künftige De-Mail-Provider lassen sich zurzeit zertifizieren, bevor es Anfang 2012 – voraussichtlich – richtig losgeht. Doch wie sollten sich Behörden vorbereiten? Lohnt es sich, abzuwarten? Reicht es, De-Mails empfangen zu können? Oder müssen Postein- und -ausgang auf den Prüfstand? Ab wann sollten Fachverfahren auf De-Mail umgestellt werden? Und wo ist De-Mail überhaupt sinnvoll?

ginnen, aufwendige dezentrale Druckprozesse zu zentralisieren. Die Ausgangspost wird elektronisch eingesammelt, aufbereitet und zentral gedruckt. Hier lassen sich die Kosten allein für Drucken am Arbeitsplatz, Kuvertieren und Verteilen von ein bis zwei Euro pro Brief sparen. Mit einem zentralen Output-Managementsystem können die beiden Ausgangskanäle Papier und De-Mail gleichzeitig bedient und ein weicher Übergang vom Brief zur De-Mail geschaffen werden. Zusätzlich reduziert De-Mail Prozesskosten beim Posteingang. Experten gehen von Einsparungen für die Öffentliche Verwaltung von 40 bis 80 Millionen Euro jährlich aus. Dazu kommen die Portoersparnisse bei Bürgern und Unternehmen, die über De-Mail mit der Verwaltung kommunizieren.

Loslaufen

Dank der heute in der Verwaltung genutzten Systeme zur Textverarbeitung und Vorgangsbearbeitung wird praktisch jeder Brief digital erstellt. Die Dateien sollten aus Kostengründen möglichst digital vorgehalten werden. Erst vor Versand ist zu entscheiden, ob das Schreiben (zentral) gedruckt werden muss oder per De-Mail verschickt werden kann. So spart man von Beginn an. Die Einsparungen fallen umso höher aus, je mehr sich De-Mail durchsetzt. Behörden können hier intern und extern Kostensenkungen fördern. Ein Grund zum Loslaufen ist dies allemal.



Der
Autor



uwe.schiel
@bearingpoint.com

IT-Beschaffung in der Öffentlichen Verwaltung

– eine Strategieentscheidung

Deutschlands Öffentliche Verwaltung bezieht im Jahr Lieferungen und Leistungen im Wert von rund 260 Milliarden Euro. Während überall Budgets reduziert werden, steigen die Ausgaben für die Erhaltung, den Ausbau und die Erneuerung der IT stetig und betragen mittlerweile etwa 30 Milliarden Euro.

Dadurch wächst auch die Herausforderung für Behördenleitungen und IT-Referate: Angesichts der Vielfalt des IT-Angebotes und der immer kürzeren Innovationszyklen müssen sie die richtigen Entscheidungen hinsichtlich einer bedarfsorientierten IT in den Fachabteilungen treffen.

Aktuelles Wissen über die Leistungsfähigkeit angebotener IT-Produkte und -Dienstleistungen und deren Einsetzbarkeit ist Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Einführung von IT-Strategien. So lassen sich auch innovative Ansätze, wie zum Beispiel Green-IT, Cloud Computing oder Managed Services, passend für die Behörde planen.

Jede IT-Strategie ist aber nur so gut, wie sie umgesetzt wird. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist die langfristig ausgerichtete, bedarfsgerechte Planung und Durchführung der IT-Beschaffung.

Schließen sich innovative IT-Strategien und Vergabeanforderungen aus?

Nein! Voraussetzung für eine innovative IT ist die klare Festlegung von Zielen, die die Richtschnur für die IT-Beschaffung bilden.

Dabei reicht es aber sicherlich nicht, nur die Hardware oder nur die Software zu planen. Auch die Anforderungen an das IT-Service Management müssen in der Strategie berücksichtigt werden.

Erst dann können Budgets festgelegt und Haushaltsmittel veranschlagt werden. Und nur so ist eine Entscheidung über die Verfahrensart für die Beschaffung und in der Folge über die konkreten Termine möglich.

Das Vergaberecht entwickelt sich weiter und bietet bereits heute Möglichkeiten – diese erfordern aber eine richtige und nachprüfbar Anwendung. Dann kann auch die IT-Beschaffung

Checkliste für die IT-Beschaffung

- Beschaffungsgegenstand
- Einsatzzweck (Sicherheit)
- Qualität
- Hausstandards
- Individuelle Konfigurationen
- Lieferumfang
- Strategie des Beschaffers
- Verfügbarkeit und Performance
- Zukunftsfähigkeit
- Preis-Leistungsverhältnis
- Flexibilität
- Kompatibilitätsanforderungen
- Serviceleistungen

flexibel und kurzfristig auf Innovationen reagieren.

Erfordern innovative Ideen nicht schnelle Entscheidungen?

Dazu ist eine Verzahnung organisatorischer und informationstechnischer Projektaufgaben erforderlich. Der Einsatz interdisziplinärer Teams aus erfahrenen Vergabe- und hochqualifizierten IT-Spezialisten sichert die Ziele und nicht zuletzt die Ordnungsmäßigkeit der IT-Beschaffung.

BearingPoint berät seit vielen Jahren öffentliche Auftraggeber bei Beschaffungsmaßnahmen. Das Spektrum reicht von ERP-Lösungen über technische Infrastrukturen bis hin zur Entwicklung von Individualsoftware für behördliche Fachanwendungen.

Ergebnis: Mehrwert für Behörden

BearingPoint kombiniert die Spezifika öffentlicher Vergaben mit innovativen IT-Systemen aus der Privatwirtschaft. Aktuelle Trends aus Studien werden aufgegriffen, analysiert und ihr potenzieller Nutzen für Behörden wird bewertet. Diese Erkenntnisse werden ebenfalls in die Beratung und Begleitung von Beschaffungsmaßnahmen für die Öffentliche Hand eingebracht.

Die
Autorin



juliane.weber
@bearingpoint.com

IT-Sourcing-Trends für die Öffentliche Verwaltung

Sourcing-Projekte gingen in der Vergangenheit vielfach mit umfangreichen organisatorischen und prozessualen Restrukturierungen einher. In vielen Fällen wurde die Sourcing-Umgebung von einem großen Anbieter speziell auf den individuellen Bedarf zugeschnitten – und dies oft im Rahmen eines Gesamt-Outsourcings. Große Teile der IT wurden dabei ausgelagert. Der damit verbundene Aufwand war immens.

Heute hat sich das Bild gedreht. Der Trend geht weg vom Gesamt-Outsourcing und den damit verbundenen Speziallösungen, hin zu selektivem Multi-Sourcing. Hier werden einzelne IT-Services von verschiedenen, spezialisierten Anbietern bereitgestellt. IT-Organisationen sollten heute daher darauf vorbereitet sein, relevante Service-Bereitstellungsmodelle reibungslos und flexibel zu integrieren.

Service-Bereitstellungsmodelle kritisch prüfen

Bei der Beurteilung des verfügbaren Angebots muss neben dem Service selbst (standardisierter Basis-Service vs. individualisierter Spezial-Service) das Bereitstellungsmodell (klassisches Hosting vs. Cloud-Sourcing) berücksichtigt werden. Zudem müssen die sich abzeichnenden Trends auf dem Anbietermarkt in die Beurteilung miteinbezogen werden (u.a. schwindende Umsätze im Markt für Data Center Services durch neue Anbieter, Transformation Richtung Cloud Services im Gange).

Für Unternehmen und Öffentliche Verwaltungen ist die dafür erforderliche Transparenz, selbst bei Verfügbarkeit relevanter Analystenreports, in den wenigsten Fällen gegeben.

Die Vorteile den Risiken gegenüberstellen

Die aktuellen IT-Sourcing-Trends eröffnen Behörden neue Möglichkeiten. Durch standardisierte und flexible Sourcing-Modelle können externe IT-Services einfacher, schneller, günstiger und mit geringerem Risiko in die interne IT-Organisation integriert werden.

Allerdings besteht die Gefahr einer Überhitzung des Marktes durch die aktuell geführten

Der IT-Sourcing-Markt ist seit der Finanzkrise stark in Bewegung. Im Windschatten der Diskussionen um die Möglichkeiten des Cloud Computings zeichnet sich ein Trend zur Standardisierung und gleichzeitigen Flexibilisierung von Sourcing-Modellen ab. Öffentliche Verwaltungen sollten ihre IT-Organisation gezielt auf die Nutzung verschiedener Modelle vorbereiten. So lassen sich eine Haushaltskonsolidierung und Versorgung der Behörden mit leistungsstarker, sicherer IT erzielen.

Hype-Diskussionen rund um das Thema Cloud Computing. Die Öffentlichen Verwaltungen sollten die sich bietenden Optionen entlang verschiedener Dimensionen analysieren, Risiken aktiv vorbeugen und sich generell auf ein Multi-Sourcing vorbereiten.

Bei dieser Aufgabe kann ein Beratungsunternehmen unterstützen. So berät BearingPoint Behörden bei der individuellen Weiterentwicklung ihrer IT-Organisation und bietet für die jeweiligen Umgebungen einfach zu adaptierende, spezifische Modelle an. BearingPoint führt kontinuierlich Trendanalysen mit den wichtigsten lokalen Anbietern durch, unterstützt Verwaltungen bei der Bewertung des Markts und der Auswahl geeigneter Sourcing-Modelle. Diese erhalten so die Gelegenheit zum branchenspezifischen Erfahrungsaustausch, der gerade bei der Beurteilung der zunehmend komplexer werdenden Anbieter- und Service-Landschaft an Bedeutung gewinnt.

Der
Autor



matthias.roeser
@bearingpoint.com

11. eGovernment-Wettbewerb setzt bei Publikumsbeteiligung neue Maßstäbe

eGovernment hat sich zu einem wichtigen Instrument zur Umsetzung politischer Ziele und zur Lösung gesellschaftspolitischer Herausforderungen entwickelt. „Damit Innovation im eGovernment auch die Anerkennung erhält, die sie verdient, richten wir seit nunmehr elf Jahren den eGovernment-Wettbewerb zusammen mit unserem Partner Cisco unter Schirmherrschaft des Bundesinnenministers aus“, so Jon Abele, Partner und Leiter des Bereichs Öffentliche Verwaltung bei BearingPoint.

In den vier Wettbewerbs-Kategorien waren in diesem Jahr wieder innovative Ideen und pragmatische Lösungen gefragt. Erstmals wurden auch Beiträge zu Open Government, Open Data und Crowdsourcing gesucht. Das Spektrum der Einreichungen war dementsprechend vielfältig. Am 9. September wurden die diesjährigen Sieger der vier Kategorien auf der Preisverleihung in Berlin ausgezeichnet:

→ **Bestes Modernisierungsprogramm**

Hamburg Port Authority (Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Umweltschutz durch ganzheitliche Vernetzung der Hamburg Port Authority im Hamburger Hafen)

→ **Größter Beitrag zur Verbesserung im EU eGovernment-Benchmarking**

Landeshauptstadt Stuttgart (Online-Bestellung Personenstandsurkunden)

→ **Wirtschaftlichste eGovernment-Anwendung**

Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten (BVD-Verfahren Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere)

→ **Innovativstes eGovernment Projekt**

Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsmarktmonitor)
Magistrat der Stadt Wien (Open Government Data Katalog)

Der **Publikumspreis**, den die Öffentlichkeit per Online-Abstimmung vergeben hat, geht in diesem Jahr an das Projekt Kfz-Wesen online, das die Finanzbehörde Hamburg als Projekt des IT-Planungsrat eingereicht hatte – und das einen Großteil der 13.500 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Mehr Informationen über die Finalisten und Gewinner finden Sie unter www.egovernment-wettbewerb.de.

Der
Autor



thomas.hesse
@bearingpoint.com

Die Jury des eGovernment-Wettbewerbs 2011



Axel E. Fischer, MdB
und Vorsitzender der
Enquete-Kommission
„Internet und digitale
Gesellschaft“



Christian Rupp,
Sprecher der Plattform
Digitales Österreich im
Bundeskanzleramt



Franz-Reinhard Habel,
Direktor Politische Grund-
satzfragen, Deutscher
Städte- und Gemeinde-
bund



Prof. Dr. Maria
Wimmer, Universität
Koblenz, Forschungs-
bereich Verwaltungs-
informatik



Prof. Dr. Tino Schuppan,
Wissenschaftlicher
Direktor, Institute for
eGovernment/Potsdam



Management
& Technology
Consultants

To get there. Together.

Die Welt verändert sich. Bereiten Sie sich vor!

Was gestern noch funktionierte, ist heute vielleicht schon überholt. Wir berücksichtigen Ihre individuelle Situation und erarbeiten gemeinsam mit Ihnen Perspektiven für neues Regieren und Verwalten. Mit unserer kombinierten Expertise aus Management- und Technologieberatung begleiten wir Sie auf Ihrem Weg zum Erfolg.

**Neues Denken für eine sich ändernde Welt.
Erfahren Sie mehr: www.bearingpoint.com.**



BearingPoint.

Management
& Technology
Consultants

***Verschiedene Perspektiven
eröffnen neue Sichtweisen***